

Auf der Suche nach dem sozialen 1,5 Grad Ziel

Forderungen für eine gerechte Zukunft



Inhalt

Vorwort	3
Erkundung	5
Zukunftslabore von unten	8
Unsere Fachleute	15
Forderungen für eine gerechte Zukunft	17
<i>Demokratie und Gemeinschaftlichkeit</i>	18
<i>Soziale Sicherung</i>	20
<i>Steuergerechtigkeit und Umverteilung</i>	22
<i>Gesundheit</i>	24
<i>Umweltgerechtigkeit</i>	26
<i>Recht auf Wohnen</i>	28
<i>Gerechte Arbeitswelten</i>	30
Impressum	31

Vorwort

Bei den Debatten um unsere Zukunft kommen vor allem die zum Zug, die laut sind oder einen direkten Draht zur Macht haben. Die Zutaten dafür sind der Zugang zu Ressourcen und ein gutes Netzwerk - und diese sind sehr ungleich verteilt. Außerdem werden Tatkraft und Energie benötigt, über die vor allem diejenigen verfügen, die nicht permanent mit „über die Runden kommen“ beschäftigt sind.

Diese Ungleichheit wirkt wie ein Gift für die Demokratie, die ihre Legitimation daraus schöpft, dass möglichst viele Menschen die Chance und Möglichkeit haben, sich gleichberechtigt an der Meinungsbildung und den daraus resultierenden Entscheidungen zu beteiligen. Ein in der Praxis zu selten gelebter Anspruch und eine zunehmend individualistische Gesellschaft verstärkt diese Tendenz.

Hinzu kommt, dass der Staat, der ebenfalls das Wohl aller Bürger*innen im Auge haben sollte, sich zurückgezogen oder Kompetenzen abgebaut hat. In dieses Vakuum drängt mit Macht eine Ökonomisierung, die mittlerweile viele Lebensbereiche durchdrungen hat. Ob in der Kinderbetreuung, Bildung, im Wohnen, im Gesundheitswesen oder in der Pflege: Überall machen sich private Investoren auf Kosten öffentlich geführter Einrichtungen breit.

Auch die Parteien haben viel von der Integrationskraft eingebüßt, die ihnen laut Grundgesetz bei der demokratischen Willensbildung zukommt. Insbesondere jene, die sich im politischen Spektrum für Gerechtigkeitsfragen zuständig fühlen, bedienen nur noch einen Teil der Arbeitnehmerschaft, haben sich akademisiert oder sind dabei, sich zu einer urbanen Milieupartei einzudampfen. In der Folge haben sich Bevölkerungsgruppen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen als Nichtwähler*innen von der politischen Debatte abgemeldet oder sich Populist*innen zugewandt.

Ungleichheit
wirkt wie ein
Gift für die
Demokratie

Glaubwürdige Gemeinschaftlichkeit kann nur gelingen, wenn der immer obszöner werdende Reichtum wirksam beschnitten und zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen wird. Dazu sind große Widerstände zu überwinden, wozu die politisch Verantwortlichen oft nicht die Kraft aufbringen können oder wollen.

Es ist daher auch an der sogenannten Zivilgesellschaft, die Demokratie in die eigenen Hände zu nehmen. Doch auch in diesem Feld sind die Kräfte ungleich verteilt. Gut orchestrierte Lobbyverbände haben nicht selten den direkten Zugang zur Macht. Auch den etablierten großen Umwelt- und Sozialverbänden gelingt es, je nach politischer Großwetterlage, teilweise Einfluss auf öffentliche Debatten und politische Entscheidungen zu nehmen.

Im Gegensatz dazu bleiben Bevölkerungsgruppen, die wenig Geld haben, sich ohnmächtig fühlen oder kulturell abgehängt sind, weitgehend außen vor. Wenn überhaupt, wird über sie anstatt mit ihnen geredet. Das trifft gleichermaßen auf Menschen zu, die durch eine Behinderung eingeschränkt sind oder nach Deutschland zugewandert sind.

Der vorliegende Forderungskatalog stellt daher die Ideen und Perspektiven für eine gerechtere Zukunft dieser Menschen und Gruppen in den Vordergrund. Er ist das Ergebnis einer Reise von denkhausbremen, die ab dem Jahr 2018 quer durch Deutschland führte. Wir haben Menschen aus bundesweit 25 Initiativen kennengelernt, ihnen zugehört und aufgeschrieben, was sie antreibt und was sie zu sagen haben. Herausgekommen ist dieser Appell, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit; im Vordergrund stehen die Anliegen der beteiligten Gruppen. Es geht um Solidarität, faire Chancen für alle und Zusammenhalt – Gedanken, die in Sonntagsreden oft beschworen, aber selten konsequent in praktische Politik umgesetzt werden.

Die Zukunft wird nur dann sozial gerecht und ökologisch verantwortungsvoll sein, wenn möglichst viele Menschen an Bord sind und mitentscheiden. Unser Beitrag dazu liegt jetzt auf dem Tisch.

Erkundung

Am Anfang stand die Idee von etwas Neuem: Forderungen für eine gute Zukunft - konkret und ohne wolkige Sprechblasen aus der Sicht von Menschen, die nicht in der Mitte der Gesellschaft zu Hause sind. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass wir da nicht so recht vorangekommen sind. Zu Recht ließe sich einwenden, dass uns weder eine besonders originelle Beschreibung der Ausgangslage gelungen ist, noch unsere eingedampften Forderungen hinreichend exklusiv sind. Die großen Sozialverbände und die progressiven Kräfte in Wissenschaft und Politik werden sicherlich zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Ein vorzeigbares Forderungspapier hätten wir auch mit einer Kurzfassung haben können: Die Spitzenverbände der Öko- und Sozialbewegungen in einen Seminarraum mit Besprechungskeksen nach Berlin einladen und gemeinsam an einem vorab verschickten Entwurf feilen. Zack – fertig!

Andererseits wären wir so nie zum Eigentlichen vorgedrungen - und das war dann doch neu. Möglicherweise nicht nur für uns. Und dieses Neue liegt im Wesen unserer Erkundung, im Prozess und nicht so sehr im Ergebnis. Wir haben unzählige Einzelgespräche geführt, Initiativen vor Ort aufgesucht und uns mit verschiedenen Gruppen in ein Tagungshaus zurückgezogen. Es sind die Begegnungen, die Haptik der verschiedenen Orte und die zarten Zwischentöne, die wir bei unserer Reise erleben und fühlen durften.

So wie die tatkräftige Energie der selbstorganisierten Wohnungslosen, die sich politisch nicht ins Abseits stellen lassen. Um sich davon anstecken zu lassen, hilft ein gemeinsamer Teller Erbsensuppe mit Wursteinlage ungemain. Oder die kirchliche Widerstandszelle in der Innenstadt gegen den Turbokonsum, die einen Raum hat, “in dem niemand abgezockt wird”. Den muss man schon persönlich erlebt haben, um den Kontrast zwischen H&M, Starbucks und all den anderen Shoppingtempeln und dem friedlichen Innenhof mit Café nachzuempfinden. Auch das Treffen mit der Sozialinitiative in Norddeutschland wäre auf einer Videoplattform wie Zoom so nicht möglich gewesen. Das kam eher einer gemeinsamen Therapiesitzung gleich. Hier müsste man schon ein Herz aus Stein

Tatkräftige Energie – die ansteckt

haben, um davon nicht tief berührt zu sein. Und immer wieder die Geschichten von Menschen, die durch Krankheit, Sucht, schwierige Lebenssituationen oder was auch immer zurückgeworfen wurden, in der Hartz-IV-Mühle landeten - und dabei nicht komplett kaputt gegangen sind. Und die sich jetzt für ein gerechtes und solidarisches Morgen einsetzen. Jede einzelne wäre es wert, hier näher beleuchtet zu werden.

Es ist ja auch nicht so, dass Menschen mit wenig Geld keinen Blick für Öko-Probleme haben. In guter Erinnerung sind noch Stimmen wie: Ich würde meinen Kindern gerne diese Biomilch aus der "Stählernen Kuh" kaufen. Aber wir landen immer wieder bei der Tüte 1,5 % H-Milch von Aldi, Lidl und Co. - da müssen wir sparen. Oder die Arbeitsloseninitiative, die sich gegen Massentierhaltung engagiert und für Klimaschutz auf die Straße geht...

Am Anfang unserer Erkundung war aber auch eine gehörige Portion Skepsis. Auf beiden Seiten. Einige der aufgesuchten Initiativen reagierten zunächst reserviert und wussten wohl auch nicht, wie sie diesen Prozess verbuchen sollten. Damit verbunden war sicher der Gedanke, dass die Leute von denkhausbremen vielleicht einfach nur Informationen absaugen wollten, ohne etwas dazulassen. Umgekehrt ging es uns genauso. Reden, zuhören und ausreichend gemeinsame Zeit zu haben, hat da geholfen.

Eine größere Konferenz in Bremen war dann die von uns geschaffene Plattform, um die vielschichtigen Stimmen zusammenzuführen. Gemeinsam mit bundesweit relevanten Expert*innen, Student*innen, Bürger*innen, Bundestagsabgeordneten und Engagierten aus den beteiligten Initiativen saßen wir am Gruppenarbeits-tisch oder auf dem Podium. Und es gab einen regen Austausch in den Kaffeepausen zwischen Lebenswelten, die üblicherweise keine Schnittmenge haben.

Wie aber packt man diese Eindrücke in ein Forderungspapier? Zum Beispiel den Wunsch nach einer respektvollen Behandlung auf dem Amt. Oder den Ruf nach einem Ende abwertender Begriffe wie „sozial schwach“ oder „bildungsfern“. Oder die Kritik am sozialdemokratischen Gewerkschaftsmantra, dass man sich durch sogenannte gute Arbeit einen selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft erkämpfen könne. Das mag für die Mehrheit gelten, aber nicht für die vielen, die aus welchen Gründen auch immer eben nicht auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt funktionieren.

Bei unseren Debatten sind wir immer wieder beim großen Ganzen gelandet

Wir sind gemeinsam mit dem erklärten Ziel angetreten, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Das ist uns nicht ganz gelungen. Bei unseren Debatten sind wir immer wieder beim großen Ganzen gelandet. Bei der Profitwirtschaft oder dem Kapitalismus. Aber warum sollte uns auch das ewige Dilemma erspart bleiben, mit dem Aktivist*innen oder Bewegungen in der Regel konfrontiert sind: Möglichst pragmatisch die nächsten erreichbaren Schritte zu gehen, ohne dabei die Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren. Dementsprechend liegen auch die nachfolgenden Veränderungsvorschläge nicht immer auf derselben Ebene.

Ebenso wie die Wirtschaftsordnung lässt sich auch die öffentliche Debatte nicht ohne Weiteres neu erfinden oder auf links drehen. Menschen mit wenig Geld kommen darin kaum vor und schon gar nicht, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht. Das spiegeln auch die etablierten Medien wie Zeitungen, Fernsehen und Radio wider. Passend dazu die Selbsteinschätzung eines Redakteurs auf einer Fachtagung für Sozialjournalismus, auf der wir zu Gast waren, der seine Branche augenzwinkernd als „mittelstandsverseucht“ charakterisierte. Macher*innen und Leserschaft von FAZ, Süddeutsche und Co. haben in der Regel wenig Berührungspunkte mit der Lebenswirklichkeit von Armen. Kein Wunder also, dass die Berichterstattung über die soziale Dimension des gesellschaftlichen Wandels Leerstellen aufweist und Empathie vermissen lässt.

Dennoch ist es uns gelungen, einen Prozess in Gang zu setzen, der den Wandel quer durch die üblichen Milieus diskutiert. Von der Universitätsprofessorin bis zu Menschen, die von der Hand in den Mund leben, war alles dabei. Dafür mussten wir uns gegenseitig aushalten und kennenlernen. Aber es hat sich für alle gelohnt. Dafür sind wir sehr dankbar.

Zukunftslabore von unten

Dieser Forderungskatalog ist das Ergebnis unserer mehrjährigen Erkundung. Dabei haben wir mit den nachfolgenden Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen zusammengearbeitet – unseren “Zukunftslaboren von unten”. Mit einigen von ihnen einmalig im Rahmen eines Interviews. Mit vielen war es ein kontinuierlicher Austausch – auch im Hinblick auf unsere Forderungen

Andere Wege

Hartz-4-Bezieher*innen sind entrechtet

Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

Wir vertreten unsere Interessen selbst

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e. V.

Wir machen das so!

Armutsnetzwerk:

Unsere Stärke sind unsere Aktiven

Bildungskollektiv BIKO e. V.:

Die Welt gemeinsam besser machen

Blaumeier-Atelier e. V.

Wir praktizieren Inklusion schon

Bürgerinitiative “Gegen den Häuserabriss”:

Wohnraum erhalten!

Café fifty - Verein für soziale Arbeit und Kultur e. V.

Offen für alle!

Careleaver-Kollektiv

Empowerment und Vernetzung schaffen

Denkfabrik

Spaltung der Gesellschaft überwinden!

Erwerbslosenbeirat des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Arbeit wird anerkannt!

Erwerbslosenberatung der Freien ArbeiterInnen Union

Streik als Druckmittel funktioniert

EXPA e. V.

Für eine Psychiatrie auf Augenhöhe!

H.i.K. Heimatlos in Köln e. V.

Obdachlose Frauen zum Thema machen

Internationale Gärten e. V.

Neu zusammenfinden

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V.

Wir mussten erst eine gründen

Offene Arbeit

Raum für Engagement und Gemeinschaft

Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e. V.

Ein Stück Würde zurückholen

Tacheles e. V.

Selbst Akteur sein

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V.

Sandkorn im Getriebe sein!

Weibernetz e. V.

Belange von Frauen mit Behinderung durchsetzen

Wohnungslosenstiftung Berlin

Jetzt sprechen wir



↗ **Andere Wege** **Erwerbsloseninitiative Bergstraße**

*Hartz-4-Bezieher*innen sind entrechtet*

Die Erwerbsloseninitiative Bergstraße ist eine bunte Mischung von Leuten aus allen möglichen Berufen und Altersgruppen, die Erwerblose begleiten und beraten, Forderungen nach Gerechtigkeit durchsetzen und auf Missstände aufmerksam machen.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen**

Wir vertreten unsere Interessen selbst

Das Aktionsbündnis unterstützt einzelne Menschen und organisiert öffentliche Aktionen. Letztendlich geht es uns darum, die gesellschaftlichen Ursachen der Wohnungsnot zu verändern und nicht nur die Symptome zu bekämpfen. Beim Aktionsbündnis melden sich die Betroffenen selbst zu Wort und erklären, was eine gute Wohnungspolitik ausmacht.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e. V.**

Wir machen das so!

Die ALSO e. V. ist eine der ältesten unabhängigen Erwerbsloseninitiativen in Deutschland. Sie unterstützt Erwerbslose u.a. in Form von Beratung und Öffentlichkeitsarbeit und engagiert sich politisch für deren Belange.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Armutsnetzwerk**

Unsere Stärke sind unsere Aktiven

Armutsnetzwerk e. V. (ANW) ist als gemeinnütziger Verein ein Zusammenschluss von Menschen mit Armutserfahrungen, Initiativen, Organisationen und Personen, die sich dem Kampf gegen Armut und Ausgrenzung gewidmet haben.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Bildungskollektiv BIKO e. V.**

Die Welt gemeinsam besser machen

Das BiKo ist ein Versuch der Unversöhnlichkeit mit den jetzigen Verhältnissen, ein Versuch, sich von der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen zu lassen. Die Bildungsangebote des BIKO richten sich an alle Menschen. Der Verein möchte an die Tradition emanzipatorischer Bewegungen anknüpfen, diese Geschichte aber auch kritisch reflektieren.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Blaumeier-Atelier - Projekt Kunst und Psychiatrie e. V.**

Wir praktizieren Inklusion schon

Wöchentlich treffen sich hier über 250 Menschen mit und ohne Beeinträchtigung oder Psychiatrieerfahrung in den Bereichen Theater, Maskenbau und -spiel, Musik, Malerei, Fotografie und Literatur. Das Ziel der Arbeit in den kontinuierlich angebotenen Kursen ist die öffentliche Präsentation der Ergebnisse aus den künstlerischen Projekten in Form von Aufführungen, Konzerten, Ausstellungen und Lesungen.

↗ [weiterlesen](#)



Bürgerinitiative "Gegen den Häuserabriss in Duisburg-Marxloh"

Wohnraum erhalten!

Bei dieser Bürgerinitiative haben die Mieter*innen der Duisburger Zinkhüttensiedlung mit viel Engagement den Abriss ihrer Häuser erfolgreich gestoppt, indem sie den Bau eines Factory Outlet Centers verhindert haben.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Café fifty – Verein für soziale Arbeit und Kultur e. V.**

Offen für alle!

Das Café fifty wurde vom Diakonischen Werk Untermain eröffnet, um vor allem arbeitssuchende Menschen zu unterstützen. Bei Kaffee und Kuchen zu sozialen Preisen wird bei Formularen, Stellen- und Wohnungssuche geholfen. In Eigeninitiative entstand ein Repair Café, das zu einem wesentlichen Bestandteil des Vereins geworden ist.

↗ [weiterlesen](#)



➤ **Careleaver-Kollektiv Leipzig**

Empowerment und Vernetzung schaffen

Das Careleaver-Kollektiv Leipzig ermächtigt junge Menschen, die (zeitweise) in der stationären Jugendhilfe (u.a. Wohngruppen, Pflegefamilien) gelebt haben und unterstützen sie, selbstbestimmt und gleichberechtigt ihr Leben zu gestalten und an der Gesellschaft teilzuhaben.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **DENKFABRIK - Forum für Menschen am Rande**

Spaltung der Gesellschaft überwinden!

Die Denkfabrik will das Thema Langzeitarbeitslosigkeit wieder in die Öffentlichkeit und die politischen Institutionen bringen. Sie ist eine Plattform und ein Forum für neue Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie nutzt dafür Vorträge, Diskussionen, Workshops und Ausstellungen.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **Erwerbslosenbeirat des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Unsere Arbeit wird anerkannt!

Das Erwerbslosenparlament kommt einmal im Jahr in Schwerin zusammen, bewertet die Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Land und beschließt die gemeinsamen Forderungen an die Politik sowie die eigenen Vorhaben zur Interessenvertretung der Betroffenen für das folgende Jahr.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **Erwerbslosenberatung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Magdeburg**

Streik als Druckmittel funktioniert

Die FAU versteht sich als eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft – ohne FunktionärInnen und fette Kassen. Die Erwerbslosenberatung – von Erwerbslosen für Erwerbslose – setzen sich gemeinsam gegen Vorurteile und Vereinzelung ein und unterstützen solidarisch Menschen nach dem Prinzip des kollektiven Handelns.

➤ [weiterlesen](#)



↗ **EXPA e.V. Expert*innen Partnerschaft im Dialog**

Für eine Psychiatrie auf Augenhöhe!

Die EXPA in Bremen und in Bremerhaven sind eine Gruppe von Expert*innen durch Krisen- bzw. Psychiatrieerfahrung als Betroffene oder Angehörige und Expert*innen durch Berufserfahrung. Zentraler Gedanke war von Anfang an, das Expertenwissen durch Erfahrungen im Umgang mit eigenen psychischen Krisen und innerem Erleben bekannt zu machen.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **H.i.K. Heimatlos in Köln e. V.**

Obdachlose Frauen zum Thema machen

Der Verein HIK Heimatlos in Köln hat es sich zur Aufgabe gesetzt, obdachlosen Frauen, die zu den schwächsten Gliedern der Gesellschaft zählen, Mut zu geben und ihr Leben wieder in die Hand zu nehmen und neue Perspektiven zu entwickeln.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Internationale Gärten Göttingen**

Neu zusammenfinden

Die Internationalen Gärten in Göttingen sind ein Ort, an dem Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten sowie deutsche Familien Beziehungen aufbauen. Sie setzen durch interkulturelle Zusammenarbeit positive Beispiele für Völkerverständigung und wechselseitige Integration.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V.**

Wir mussten erst eine gründen

Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. — kurz ISL - ist eine behinderungsübergreifend tätige Selbstvertretungsorganisation von Menschen mit Behinderungen. Das heißt: der Verein wird von behinderten Menschen organisiert, geleitet und verwaltet.

↗ [weiterlesen](#)



➤ **Offene Arbeit Erfurt**

Raum für Engagement und Gemeinschaft

Die Offene Arbeit Erfurt versteht sich als Basisgemeinde, die für eine neue Form des kirchlichen Lebens eintritt. Mitten in der Erfurter Innenstadt bietet sie schon seit 1979 einen offenen Raum des gewaltfreien Miteinanders für verschiedenste Menschen.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e. V.**

Ein Stück Würde zurückholen

Der Verein Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e. V. wurde gegründet, um eine Selbstvertretung für obdach- oder wohnungslose Menschen oder auch für Menschen mit Erfahrung von Wohnungslosigkeit zu bilden.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **Tacheles e.V. Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein**

Selbst Akteur sein

Der Verein Tacheles redet Tacheles, wenn es um die Rechte sozial benachteiligter und erwerbsloser Menschen geht. Seit nunmehr fast 30 Jahren macht der Verein auf Prozesse sozialer Ausgrenzung sowie die Einschränkung der Rechte "Armer" aufmerksam und formuliert im Namen der Betroffenen Forderungen an verantwortliche Stellen.

➤ [weiterlesen](#)



➤ **Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)**

Sandkorn im Getriebe sein!

Der VAMV vertritt die Interessen von alleinerziehenden Müttern und Vätern und setzt sich für ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe, gleiche Chancen für ihre Kinder und somit für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation ein.

➤ [weiterlesen](#)



↗ **Weibernetz e. V. Politische Interessenvertretung behinderte Frauen**

Belange von Frauen mit Behinderung durchsetzen

Weibernetz e. V. ist die bundesweite Selbstvertretungsorganisation von Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen. Seit über 20 Jahren setzt sich das Netzwerk für eine verbesserte Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Behinderung und/oder chronischen Erkrankungen ein.

↗ [weiterlesen](#)



↗ **Wohnungslosenstiftung Berlin Selbstvertretung wohnungsloser Menschen**

Jetzt sprechen wir

Die Wohnungslosen Stiftung Berlin engagiert sich für eine bessere Welt, sie will Armut, Ausgrenzung, Missbrauch, Entrechtung, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit bekämpfen und überwinden und setzt sich dafür ein, dass das Menschenrecht auf Wohnung weltweit umgesetzt und konkrete Lebenssituationen verbessert werden.

Unsere Fachleute

Maßgeblich für diesen Forderungskatalog waren auch die inspirierenden Persönlichkeiten, die bei unserem ↗ **Zukunftskongress “Zukunft für alle: solidarisch! demokratisch! ökologisch!”** am 1. Juni 2023 in Bremen aufgetreten sind und die uns mit ihrem Engagement unterstützt haben. Diese Fachleute aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik sind nachfolgend hier aufgeführt:



Alexander Ahrens, Referent Öffentlichkeitsarbeit bei der ↗ **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL)**



↗ **Daniel Mittler** von der ↗ **Bürgerbewegung Finanzwende e.V.**, das Gegengewicht zur Finanzlobby – für faire, stabile und nachhaltige Finanzmärkte.



Emine Kalali, Referentin für Flucht und Behinderung bei der ↗ **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL)**.



Frank Nullmeier, Professor für Politikwissenschaft vom Forschungszentrum für Sozialpolitik und Ungleichheit **SOCIUM** in Bremen



↗ **Gerhard Trabert**, Professor für Sozialmedizin und Sozialpsychiatrie, Arzt sowie Gründer des ↗ **Vereins Armut und Gesundheit** in Deutschland.



Katharina Bohnenberger, Wissenschaftlerin am ↗ **Deutschen Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung**.



↗ **Kirsten Kappert-Gonther** ist Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Ärztin und stellvertretende Vorsitzende des ↗ **Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags**.



↗ **Lena Reinhard** vom ↗ **Bundesvorstand der Linksjugend [solid]**, Politikstudentin und Gewerkschaftsmitglied



↗ **Manuel Schmitt** ist Soziologe und Referent für soziale Ungleichheit bei ↗ **Oxfam Deutschland e.V.** und Mitautor des ↗ **Oxfam-Berichts: "Umsteuern für soziale Gerechtigkeit"**.



↗ **Mareice Kaiser**, Autorin, Journalistin und Moderatorin. Sie scrollt, schreibt und spricht zu ↗ **Gerechtigkeits**themen.



↗ **Milena Runte**, **Jugendbildungsreferentin bei der Naturschutzjugend im NABU**, Aktivistin und Politikstudentin.



↗ **Silke Bothfeld** ist Professorin für Internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Bremen und Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den ↗ **4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung**.



↗ **Wendelin Haag**, Vorstandsvorsitzender des ↗ **Deutschen Bundesjugendring**, setzt sich für die Beteiligung von Jugendlichen und ihren Interessen gegenüber Bundestag und Bundesregierung ein.

Forderungen für eine gerechte Zukunft

Der vorliegende Forderungskatalog rückt die Perspektive der Menschen in den Vordergrund und ist ein Appell, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Demokratie und Gemeinschaftlichkeit

Soziale Sicherung

Steuergerechtigkeit und Umverteilung

Gesundheit Umweltgerechtigkeit

Recht auf Wohnen

Gerechte Arbeitswelten



Demokratie und Gemeinschaftlichkeit

Die Demokratie in Deutschland ist müde geworden. Während bei vielen Wahlen noch etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe geht, hat der Rest den Glauben an unsere Staatsordnung verloren. Darüber hinaus gibt es kaum noch Orte, an denen sich die Gesellschaft als Gemeinschaft erleben kann - die meisten sind in ihrer eigenen Blase. Die Reichen schicken ihre Kinder in Privatschulen, während das öffentliche Bildungssystem zum Mangelbetrieb verkommen ist. Hinzu kommt, dass unsere profitorientierte Wirtschaftsordnung auf Konkurrenz und Wirtschaftswachstum statt auf Kooperation setzt.

Deshalb muss Gemeinschaft wieder stärker betont und gelebt werden. Sie ist der viel zitierte Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. In der Gemeinschaft kann sich jede*r als Teil des Ganzen erfahren. Sie wirkt Vereinzelung und Ausgrenzungserfahrungen entgegen. Voraussetzung für Gemeinschaftlichkeit sind jedoch gerechtere, inklusive und barrierefreie Bedingungen für möglichst alle Bürger*innen.



Unsere Forderungen

1

Die Bemessungsgrundlage für den Erfolg eines Staates und seiner Wirtschaft muss der Nutzen für die Menschen sein und sich an Kriterien wie Lebenserwartung, Zufriedenheit, Demokratie und Gleichberechtigung sowie der Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen orientieren.

2

Im öffentlichen Raum sollten Begegnungsräume für alle Schichten der Gesellschaft bereitgestellt werden, in denen kein Konsumzwang herrscht.

3

Sharing-Initiativen, Gemeingüter und gemeinwohlorientierte Projekte sollten gefördert und ausgebaut werden.

4

Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz müssen in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet sein. Dabei sind alle Arten von Barrieren zu berücksichtigen - nicht nur Rollstuhlgänglichkeit, sondern auch Barrieren im Bereich von Sinnesbehinderungen, schwerer Sprache oder psychischen Belastungen.

5

Lobbyismus führt zu einer ungesunden Verzerrung demokratischer Prozesse, indem finanzstarke Interessengruppen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Strengere Transparenzregeln und Beschränkungen für Lobbyaktivitäten sollen sicherstellen, dass alle Stimmen in der Gesellschaft gleichermaßen gehört werden.

6

Die Parlamente sollten sämtliche Schichten der Gesellschaft abbilden sowie mehr Bürger*innen-Beteiligung an demokratischen Prozessen ermöglichen.

7

Eine generelle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre könnte möglicherweise der Demokratieverdrossenheit entgegenwirken.

Soziale Sicherung

Das soziale Fangnetz des Staates ist von der neoliberalen Profitökonomie löchrig gemacht worden. Die im Grundgesetz garantierte Sozialstaatlichkeit ist für viele ein leeres Versprechen. Dabei sollten alle Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, mit Wohnraum, Mobilität, Bildung, gesunder Ernährung oder Gesundheitsleistungen versorgt werden - in guter Qualität und zu bezahlbaren Preisen. Wo sich private Anbieter dazu nicht in der Lage sehen, sollte der Staat selbst zum Dienstleister werden. Geld, um das zu ändern, ist genug da - es liegt nur auf den Konten der Reichen: Es ist an der Zeit, soziale Sicherheit menschenwürdig zu gestalten.



Unsere Forderungen

1

Die Beratung und Betreuung von Menschen mit Unterstützungsbedarf muss respektvoll und individuell im Sinne der Betroffenen gestaltet werden.

2

Die Regelsätze von Transferleistungen wie Bürgergeld oder Grundsicherung ermöglichen keine gesellschaftliche Teilhabe. Sie sind unangemessen und bringen Bedürftige in unwürdige Verhältnisse. Das Bürgergeld sollte daher massiv erhöht werden.

3

Beratung und Leistungsvergabe von Sozialleistungen sollten entkoppelt und von vollständig unterschiedlichen Stellen geregelt werden.

4

Transferleistungen sollten einfach zu verstehen und zu beantragen sein - es braucht bessere Informationen, einfache Verfahren und Unterstützung.

5

Der Erfolgsdruck sollte von den Sachbearbeitenden im Jobcenter genommen werden.

6

Menschenunwürdige Sanktionen darf es nicht geben.

7

Das aktuelle Rentensystem sollte durch ein solidarischeres Modell ersetzt werden, in das alle Bevölkerungsgruppen, auch Besserverdienende, Freiberufler*innen und Beamte einzahlen. Insbesondere niedrige Renten sollten dadurch aufgestockt werden.

8

Menschen mit Jugendhilfeeerfahrungen brauchen einen sicheren und angstfreien Zugang zu staatlicher Unterstützung. Von den Eltern abhängige Hilfen wie Kindergeld und Bafög sollten überprüft werden, um erneute Traumatisierungen zu vermeiden.

Steuergerechtigkeit und Umverteilung

Im Jahr 2021 besaßen zwei Familien zusammen mehr Vermögen als 41 Millionen Einwohner*innen in Deutschland. Es ist Zeit für einen Einkommensdeckel und eine konsequente Besteuerung von Superreichen, großen Vermögen und Unternehmen.

Bislang ist es den Reichen dank einer gut geschmierten Lobby und den entsprechenden politischen Handlangern immer wieder gelungen, eine wirksame Besteuerung großer Vermögen trickreich zu verhindern. Sobald zum Beispiel eine halbwegs wirkmächtige Erbschaftssteuer zur Debatte stand, liefen die Angstkampagnen um Omas Häuschen auf Hochtouren und es wurde behauptet, dass kleine Erben am Ende mit leeren Händen dastehen würden. Ein intransparentes Steuersystem, das von den meisten Bürger*innen nicht mehr verstanden wird, trägt zu fehlender Steuergerechtigkeit bei.



Unsere Forderungen

1

Der Spitzensteuersatz und die Erbschaftssteuer müssen spürbar erhöht und die Vermögensteuer wieder eingeführt werden. Eine einmalige Abgabe auf sehr hohe Vermögen bringt zusätzliche Einnahmen für die Gesellschaft.

2

Darüber hinaus sind Veräußerungsgewinne aus Immobilien, Finanztransaktionen und Kapitalerträge deutlich zu besteuern.

3

Krisengewinne von Unternehmen, wie sie während der Corona-Pandemie oder des Krieges in der Ukraine erzielt wurden, müssen konsequent abgeschöpft werden.

4

Eine neue ökonomische Bildung der Bevölkerung, aber auch Transparenz sowie eine höhere Verständlichkeit des Steuersystems sind nötig.

5

Die Grundfreibeträge für den ärmeren Teil der Bevölkerung sollten erhöht werden.

6

Finanzkriminalität sollte viel stärker geahndet werden, da hier ein erheblicher gesellschaftlicher Schaden in Milliardenhöhe entsteht.

Gesundheit

Armut macht krank und Krankheit macht arm. In kaum einem Lebensbereich lässt sich so deutlich in Zahlen messen, wie oben und unten immer weiter auseinanderdriften. In finanziell schlechter gestellten Stadtteilen, sind chronische Krankheiten weiter verbreitet und die Menschen sterben deutlich früher - Unterschiede in der Lebenserwartung von mehr als zehn Jahren zwischen Reich und Arm sind keine Seltenheit. Umgekehrt sind Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Grundsätzlich sollte das Gesundheitswesen nicht gewinnorientiert organisiert sein.



Unsere Forderungen

1

Die Zwei-Klassen-Medizin, die in Kassen- und Privatpatient*innen unterscheidet, sollte abgeschafft werden. Stattdessen sollte eine für alle verpflichtende Bürger*innen-Versicherung eingeführt werden.

2

Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen sollten für alle Menschen zugänglich sein. Die Aufklärung und Information darüber muss verbessert werden.

3

Die Anzahl und flächendeckende Verteilung von Ärzt*innen (insbesondere Fachärzt*innen u. Psychotherapeut*innen) muss verbessert werden, sodass zeitnahe Termine und Behandlungen möglich sind.

4

Die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung muss deutlich verbessert werden. Das Hilfesystem muss ergänzt werden durch gemeindepsychiatrische Angebote und Weglaufhäusern für Menschen, für die eine klassische stationäre Behandlung nicht in Frage kommt.

- 5** Menschen, die einen Anspruch auf Zuzahlungsbefreiung für medizinische Leistungen haben, dürfen dafür nicht in finanzielle Vorleistung treten müssen.

- 6** Die Gesundheitsförderung muss ausgebaut werden. Dazu gehören gut ausgestattete Gesundheitsämter, gesundes Essen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und breit angelegte Aufklärungskampagnen.

- 7** Die Gesundheitsversorgung muss gemeindenah organisiert werden. Die Einrichtung von Gesundheitszentren und lebensweltorientierten Hilfen ist notwendig.

Umweltgerechtigkeit

Wir brauchen eine solidarische und fürsorgliche Gesellschaft, die Soziales und Umwelt zusammen denkt. Davon sind wir aktuell sehr weit entfernt. Bislang entscheidet eher der Geldbeutel darüber, ob und wie stark Menschen von Umweltbelastungen betroffen sind. Dabei sind es die Reichen, die einen besonders großen ökologischen Fußabdruck haben und deren Lebenswirklichkeit sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit dramatisch ändern müsste.

Soziale Fragen werden bislang im Wesentlichen auf Kompensationszahlungen für zu erwartende Härten, wie bei einer CO₂-Bepreisung, reduziert. Bevölkerungsgruppen mit schmalen Geldbeutel werden dabei oft als Objekte behandelt, deren Erfahrungsschatz und Lebensleistung wenig relevant erscheint. Umweltschutz kann in einer demokratisch verfassten Gesellschaft aber nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn Nutzen und Lasten möglicher Veränderungen gerecht verteilt werden.



Unsere Forderungen

1

Fahrscheine für den öffentlichen Verkehr müssen analog und in bar erhältlich sein.

2

Steuerprivilegien, von denen vor allem Wohlhabende auf Kosten der Umwelt profitieren, sollten sofort abgeschafft werden. Hierzu zählen Vergünstigungen wie steuerfreies Kerosin für den Privatjet oder Steuervorteile für schicke Dienstlimousinen.

3

Der soziale Ausgleich für zu erwartende finanzielle Härten bei Umweltschutzmaßnahmen muss im Vorfeld geklärt werden. Hier zeigt die Bundesregierung, wie es nicht geht: Während der CO₂-Preis für den Klimaschutz längst Realität ist und einkommensschwache Haushalte unter Druck setzt, lässt ein wie auch immer gearteter Ausgleich auf sich warten.

4

Verschleißproduktion muss reduziert werden und Reparatur sollte gefördert werden.

5

Projekte, die es auch Menschen mit wenig Geld ermöglichen, sich aktiv am Umwelt- und Klimaschutz zu beteiligen, sollten mit hoher Priorität gefördert werden. Wie zum Beispiel Balkon-Photovoltaikmodule für Sozialleistungsempfänger*innen.

Recht auf Wohnen

Eine Wohnung ist Grundlage für soziale, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Unverhandelbarer Ausgangspunkt ist das Grundrecht auf bezahlbares, selbstbestimmtes und gesundes Wohnen für alle. Dennoch ist Wohnen für viele Haushalte der größte Kostenfaktor. Auch hier spalten ungebremste Marktkräfte die Bevölkerung in Oben und Unten. Die Wohlhabenden bleiben in den angesagten Stadtteilen weitgehend unter sich, während ärmere Menschen herausgedrängt werden. Gleichzeitig werden kommunale Wohnungen und Grundstücke für kurzfristige Profite verschербelt.



Unsere Forderungen

1

Das Grundrecht auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen sollte im Grundgesetz verankert werden.

2

Mindeststandards für gutes Wohnen für alle sollten festgelegt werden. Dazu gehören das Recht auf Privatsphäre und eine Mindestquadratmeterzahl pro Person - auch in öffentlichen Wohneinrichtungen.

3

Demgegenüber sind auch Maximalstandards notwendig, um den begrenzten Wohnraum gerecht zu verteilen und ökologische Grenzen einzuhalten. Hier sollte eine maximale Quadratmeterzahl pro Person festgelegt werden und der Bau von Einfamilienhäusern und Luxuswohnungen stark eingeschränkt werden.

4

Der Mietmarkt sollte strenger reguliert werden. Die Mieten müssen auf ein leistbares Niveau gedeckelt werden, so dass alle Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Ebenso ist die maximale Anzahl an Wohneinheiten in Privatbesitz zu begrenzen.

- 5** Der soziale Wohnungsbau sollte deutlich ausgeweitet werden. Die bisherigen Quotenregelungen reichen nicht aus. Sowohl der absolute Anteil bei neu gebauten Wohnungen als auch die Laufzeiten für die sogenannte Sozialbindung sind viel zu niedrig angesetzt. Außerdem sollten bezahlbare Wohnungen auch in beliebten Wohnlagen zur Verfügung stehen.

- 6** Der Ausverkauf kommunaler Grundstücke und Wohnungsbestände muss sofort gestoppt werden. Im Gegenteil: Wohnraum sollte möglichst entprivatisiert werden. Auf kommunaler Ebene sollten Grundstücke vorrangig gemeinwohlorientiert vergeben werden, wobei Genossenschaften privaten Baugesellschaften vorzuziehen sind.

- 7** Die Wohnungslosenhilfe muss neu aufgestellt werden. Funktionierende und menschenrechtsbasierte Konzepte müssen flächendeckend umgesetzt werden. Ansätze wie "Housing First" werden von den Betroffenen als mögliche Lösung angesehen. Unterstützung muss selbstbestimmt, bedarfsorientiert und anonym angeboten werden.

- 8** Im öffentlichen Raum braucht es frei zugängliche Sanitäreinrichtungen, Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und Aufenthaltsräume, in denen sich Menschen wohlfühlen und Unterstützung erhalten können.

- 9** Die Einführung einer Wohnraumsteuer ist notwendig, um ungenutzte Immobilien zu besteuern und den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Gerechte Arbeitswelten

Die Arbeitslöhne in Deutschland haben sich auseinanderentwickelt. Dienstleistungsjobs am unteren Ende der Lohnskala reichen kaum noch zum Leben und zwingen die Betroffenen in vielen Fällen zum Aufstocken. Gut bezahlte Jobs ermöglichen dagegen ein Leben in nie gekanntem materiellen Überfluss. Auch hier gelingt es der Politik oder den Tarifpartnern kaum noch, die ungebremsten Marktkräfte zu zügeln und für Ausgleich zu sorgen.

Der Beitrag der Arbeit zum Gemeinwohl sollte dabei eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher; die Arbeit mit Menschen und für die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht schlechter gestellt werden als die Verwaltung von Geld oder die Produktion von Werbung.



Unsere Forderungen

1

Der Arbeitslohn muss gewährleisten, dass Menschen in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und insbesondere nicht auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Ein Mittel dazu sind konsequent durchgesetzte und ausreichend hohe Mindestlöhne.

2

Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, die z.B. Mindestlöhne, Versicherungspflichten und Arbeitnehmerrechte umgehen, müssen wirksam bekämpft werden; teilweise sind ganze Branchen davon betroffen (Lieferdienste, Fleischindustrie) und müssen grundlegend umgestaltet werden.

3

Leiharbeit sollte nur noch in einem eng begrenzten Rahmen in Ausnahmefällen zulässig sein.

4

Es braucht eine Vielfalt an barrierefreien Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten außerhalb von Sonderwelten für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Impressum

Auf der Suche nach dem sozialen 1,5 Grad Ziel

Forderungen für eine gerechte Zukunft

Herausgeberin:

denkhausbremen e.V.
Am Deich 45
28199 Bremen
www.denkhausbremen.de
Tel.: +49 421 33048381
E-Mail: info@denkhausbremen.de
Vereinsregister: Bremen VR 7717 HB

Verantwortliches Projektteam:

Peter Gerhardt, Ulrike Eppler und Michael Gerhardt

September 2024

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Gestaltung:

K3-Media

Bildnachweis:

Titelgraphik: Doro Spiro, alle Fotos auf den Seiten 9 bis 16 von privat, S. 17: Save nature/Shutterstock.com, S. 18: Riepa Roman/Shutterstock.com, S. 20: Yuri A/Shutterstock.com, S. 22: Andrey Popov/Shutterstock.com, S. 24: Yuri A/Shutterstock.com, S. 26: DC Studio/Shutterstock.com, S.28: Maxim Ibragimov/Shutterstock.com, S. 30: Siyanight/Shutterstock.com

Förderhinweis:



Robert Bosch
Stiftung

Das Projekt "Auf der Suche nach dem sozialen 1,5 Grad Ziel – Soziale Forderungen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation" wird gefördert von der Robert Bosch Stiftung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

● denkhausbremen